



Newsletter zur Projektförderung „Modellkommune Deradikalisierung“

Nr. 2, Juni 2021

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) unterstützt bis Ende 2021 sechs Kommunen bei der Erprobung und Weiterentwicklung kommunaler Deradikalisierungsarbeit im Rahmen der Projektförderung „Modellkommune Deradikalisierung“ (MoDeRad).

Ziel von MoDeRad ist es, die dabei gesammelten Erfahrungen aufzubereiten. Davon sollen Kommunen bundesweit profitieren und dabei unterstützt werden, vor Ort wirksame Deradikalisierungsarbeit gegen jede Art von Extremismus durchzuführen. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmi.bund.de/moderad.

1. Erfahrungsaustausch zu kommunaler Deradikalisierung

Am 06. Mai 2021 fand das erste Netzwerktreffen der Modellkommunen virtuell statt. Am Nachmittag hatten interessierte Kommunen die Möglichkeit, sich zu einem Erfahrungsaustausch über kommunale Deradikalisierung zuzuschalten. Drei der Modellkommunen hielten dabei Vorträge zu ihren jeweiligen Schwerpunktthemen, über die im Anschluss diskutiert wurde:

- Augsburg: Multi-Agency-Ansätze in der kommunalen Deradikalisierung
In Multi-Agency-Ansätzen (MAA) verfolgt ein behörden- und institutionenübergreifendes Netzwerk ein oder mehrere gemeinsame Ziele. Der Zweck von MAA sei die Lösung von Querschnittsproblematiken. Für deren Bearbeitung brauche es übergreifenden Sachverstand und Handlungskompetenz, klar definierte Kommunikationswege, ein gemeinsames und definiertes Ziel sowie ein Verständnis für Querschnittsproblematiken. Am Beispiel der Augsburger Präventionsstruktur und des Projekts MODERATION wird der lokale MAA näher beschrieben.
- Heidelberg: Antidiskriminierungsarbeit als Radikalisierungsprävention?
Im Vortrag werden mögliche Berührungspunkte zwischen Antidiskriminierungsarbeit und der Radikalisierungsprävention dargestellt. Auch wenn beide Bereiche unterschiedliche Ziele verfolgten, gäbe es doch wichtige Überschneidungen, insbesondere

dort, wo Marginalisierung, Diskriminierung, Frustration und Sinnverlust Radikalisierung begünstigen. Der Frage, wie die Verbindung zwischen beiden Bereich gelingen kann, geht das Heidelberger Projekt „Deradikalisierung weiter gedacht – Heidelberg macht sich stark“ nach.

- Berlin: *Psychische Gesundheit und Gesundheitsberufe im Kontext kommunaler Deradikalisierung*

Im Vortrag werden erste Erkenntnisse aus dem Projekt „TRIAS Community“ vorgestellt, das Capacity Building für die Gesundheitsberufe im Umgang mit islamistischem Extremismus zum Ziel hat. Im Rahmen einer Interviewstudie mit Fachkräften aus der Tertiärprävention zu Aspekten psychischer Gesundheit bei Klient/-innen und ihren Kooperationserfahrungen mit insbesondere Psychiater/-innen und Psychotherapeut/-innen wurden verschiedene Zugangshürden zu Medizin- und Heilberufen im Kontext Deradikalisierung sowie Kooperationsbedarfe identifiziert.

Der Erfahrungsaustausch stieß auf großes Interesse, sodass sich Vertreterinnen und Vertreter aus über 20 externen Kommunen zum virtuellen Format angemeldet hatten. Über die rege Teilnahme und die Beiträge aus den Kommunen haben wir uns sehr gefreut.

2. Aktuelles aus den Modellkommunen

Augsburg

In Augsburg wurden Bedarfe hinsichtlich der Prävention von Rechtsextremismus erhoben. Darauf aufbauend plant das Büro für Kommunale Prävention Workshops für Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit und Schule. Außerdem bereitet das Büro aktuell die Kampagne zur Bekanntmachung des Beratungstelefon über Flyer, Pressearbeit, soziale Medien etc. vor.

Bamberg

Die Stadt Bamberg hat eine Telefonhotline eingerichtet, an die sich Personen wenden können, die Hilfe zum Umgang mit vermeintlich radikalisierten Personen in ihrem Umfeld benötigen. In den nächsten Wochen soll hierzu auch eine Art Beratungsleitfaden erarbeitet werden. Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Wochen zahlreiche Presseanfragen beantwortet und dem Thema „Deradikalisierung“ dadurch ein Stück weit mehr Aufmerksamkeit verschafft.

Berlin

Das Projekt TRIAS Community hat sich am 6. Mai mit einem Vortrag am Erfahrungsaustausch des BMI zum Thema „Kommunale Deradikalisierungsarbeit“ beteiligt und erste Ergebnisse aus einer Interviewstudie präsentiert. (s.o.). TRIAS Community bereitet derzeit eine Veranstaltungsreihe für Psychotherapeut/-innen und Psychiater/-innen vor, die von August bis Oktober stattfindet, um den Dialog und die Zusammenarbeit mit diesen Berufsgruppen zu vertiefen.“

Essen

Die drei Handlungsfelder (Sport, Eltern und Online-Tool) des Projekts dEASTrict21 werden bearbeitet und die ersten Absprachen mit Kooperationspartner/-innen im Sozialraum wurden getroffen. Im Bereich Sport werden mit der Online-Fortbildung „Sei aufmerksam!“ am 31.05.2021 Multiplikator/-innen und weitere Interessierte über Warnsignale bei Kindern und Jugendlichen und über die Zugänge zu entsprechenden Beratungsstellen informiert. Die weiteren Umsetzungen der geplanten Angebote ist abhängig von der „Corona-Situation“ und gestaltet sich entsprechend.

Heidelberg

Im Rahmen des Modellprojekts Heidelberg „Deradikalisierung weiter gedacht – Heidelberg macht sich stark!“ findet am 2. Juni 2021 das erste Werkstattgespräch virtuell statt. Mit der Veranstaltung soll vor allem ein interdisziplinärer Austausch angeregt werden. Dabei können methodische Ansätze der Präventions-, Antidiskriminierungs- und Deradikalisierungsarbeit zusammengedacht werden, um so einen ganzheitlichen Ansatz zu fördern und Präventionsarbeit vor Ort zu stärken.

Wolfsburg

Die Projektgruppe Moderad Wolfsburg arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung der Jugendhilfe-Angebote im Kontext von Islamismus und Salafismus, sowie an der Schnittstellenarbeit mit lokalen und landesweiten Präventionsakteur*innen. Dazu haben Fortbildungen, Workshops und ein Fachaustausch mit dem LPR Niedersachsen u.a. stattgefunden. Die Projektgruppe setzt sich zudem mit detaillierten Fachfragen und gezielten, fallspezifischen Fragestellungen auseinander, die im Betreuungsalltag aktueller Fälle Thema wurden.

3. Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus

Die Bundesregierung hat am 12. Mai 2021 den Abschlussbericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgestellt. Mit 89 Einzelmaßnahmen fördert die Bundesregierung Forschung und Prävention, stärkt Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft und erweitert die gesetzlichen Grundlagen für den Kampf gegen Hasskriminalität [[zur Pressemitteilung](#)]. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nur durch einen breiten Politikan-satz gelingen kann, der den Erhalt und den Schutz unserer wehrhaften Demokratie ins Zentrum rückt. Eine Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus benötigt die Unterstützung der gesamten Gesellschaft und erfordert ausgeprägtes, unermüdliches und nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement, aber auch konsequent handelnde, starke Sicherheitsbehörden. Der Abschlussbericht informiert weitergehend über die einzelnen Maßnahmen des Maßnahmenkatalogs und über die ersten eingeleiteten Umsetzungsschritte [[zum Abschlussbericht](#)].

4. Publikationen & weiterführende Links

„SCHNITT:STELLEN. Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus“

Der Sammelband enthält verschiedene Beiträge des Verbundes wissenschaftlicher Mitarbeitender FoPraTEx (Forschung-Praxis-Transfer im Phänomenbereich islamistischer Extremismus), der vom Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) koordiniert wird, und spiegelt die große Bandbreite an aktuellen und praxisrelevanten Fragestellungen im Präventionsfeld Islamismus wider. Die Fragestellungen werden in den drei Abschnitten „Forschung – Bestandaufnahmen“, „Aus der Wissenschaft für die Praxis“ und „Aus der Praxis für die Wissenschaft“ behandelt [[zur Publikation](#)].

„Best practices der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Prävention vorurteilsgeleiteter Straftaten“

Wichtigste Botschaft der vom BMI finanzierten Studie der Deutschen Hochschule der Polizei und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. ist: Bestehende Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren haben häufig einen großen Mehrwert für die jeweils andere Seite. Außerdem helfen sie dabei, vorurteilsgeleitete Straftaten zu verhindern. Weitere solcher wechselseitigen Kooperationen gezielt zu fördern ist die zentrale Handlungsempfehlung der Studie [[zur Studie](#)].

„Radikalisierungsverläufe im Kontext von Anti-Asyl-Agitation“

Die Studie arbeitet eine Reihe sozialer und persönlicher Einflussfaktoren für Radikalisierungsprozesse heraus. Präventionsmaßnahmen gezielt zu stärken ist die zentrale Handlungsempfehlung dieser vom BMI finanzierten Studie der Universitäten Jena und Bielefeld zu den Wurzeln und Motiven von rechtsextremistischer Radikalisierung. Sie plädiert insbesondere dafür, Radikalisierungen möglichst von vornherein durch gezielte Maßnahmen zu unterbinden [[zur Studie](#)].

„Orientierungshilfe für Jugendämter Kindeswohl bei Aufwachsen in islamistisch oder salafistisch geprägten Familien“

Die Orientierungshilfe informiert über gesellschaftliche wie rechtliche Grundlagen im Umgang mit islamistisch oder salafistisch geprägten Familien und zeigt Handlungsoptionen anhand von Fallbeispielen auf. Die Orientierungshilfe wurde von SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies und der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein im Auftrag des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erstellt. [[zur Publikation](#)].

„Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung“ (MAPEX)

Das Verbundprojekt hat im Februar 2021 zwei Publikationen veröffentlicht. Die beiden Studien „*Strukturen schaffen, gemeinsam handeln und Qualität sichern*“ und „*Radikalisierungsprävention in Deutschland*“ beziehen sich auf islamistischen Extremismus [[zur Publikation](#)].

„Collection of inspiring practices“ und „Straßburgs P/CVE-Ansatz und seine Multi-Agency-Partner“

Berlin, 10.06.2021

Seite 5 von 5

Das Radicalisation Awareness Network (RAN) hat eine europaweite *Sammlung inspirierender Praktiken* im Bereich Radikalisierungsprävention zusammengestellt [[zur Übersicht](#)]. Über die Suchfunktion können Sie die Praktiken gemäß Ihrer spezifischen Interessen und Bedarfe filtern [[zur Suche](#)].

Einen Einblick in eine lokale Strategie zur Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus außerhalb Deutschland erlaubt der RAN-Beitrag „Straßburgs P/CVE-Ansatz und seine Multi-Agency Partner“ [[zur Publikation](#)].

Im Jahr 2021 möchten wir in unregelmäßigen Abständen über MoDeRad und über weitere Themen, die im Themenfeld „Kommunale Deradikalisierung“ für Sie von Interesse sein können, informieren. Haben Sie Vorschläge für Themen, Informationen oder wollen auf Veröffentlichungen hinweisen, die für die Leserinnen und Leser des Newsletters von Interesse sein könnten? Schreiben Sie uns gerne. Wir prüfen dann die Aufnahme in den Newsletter.

Sollten Sie in Zukunft keine weiteren E-Mails von uns erhalten wollen, antworten Sie bitte auf diese E-Mail. Eine Anmeldung zum Newsletter ist auf unserer Homepage möglich [[zur Anmeldung](#)].